

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



» KOMMUNALES  
Für mehr Oasen in der Stadt

» AUS DEM BUNDESTAG  
Nachhaltigkeitswoche

» ARBEITSKREIS  
GEGEN RECHTS  
„Corona-Rebellen“ - Pegida 2.0



Liebe Leserinnen  
und Leser,

Jetzt wird es ernst! Wir haben das zweite Bewerbungsbuch für den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 abgegeben. Am 28. Oktober fällt die internationale Jury ihr Urteil. Jetzt gilt es das Konzept auch zu einem Herzensprojekt der Nürnbergerinnen und Nürnberger zu machen.

Der Titel wäre eine einmalige Chance für unsere Stadt, sich international zu präsentieren und zugleich spannende Debatten innerhalb der Stadtgesellschaft anzustoßen. Die Corona-Pandemie mit den damit einhergehenden Versammlungs- und Reisebeschränkungen ist für die Bewerbung eine Herausforderung. Das fängt mit den vielen ausgefallenen Kultur- und Beteiligungsformaten an und hört bei der Preisjury auf, die sich jetzt in Nürnberg nur noch digital ‚umsehen‘ wird. Zugleich ist diese Pandemie auch ein Beschleuniger für viele gesellschaftliche Veränderungsprozesse, wie die Digitalisierung, die wir nun aktiv im Bewerbungsverfahren aufgreifen und thematisieren können. Drücken wir alle die Daumen, dass es klappt!

Euer

Thorsten Brehm



## „EIN AUFSCHREI IST MEHR ALS ÜBERFÄLLIG“

INTERVIEW MIT DER DIPLOM-SOZIALWIRTIN UND RECHTSEXTREMISMUS-EXPERTIN BIRGIT MAIR

Von CANAN CANDEMIR

Liebe Birgit, du bist Kuratorin der Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“. Die Ausstellung beschäftigt sich unter anderem mit der gesellschaftlichen Aufarbeitung nach dem Aufliegen der neo-nazistischen Terrorgruppe im November 2011. Wie weit ist heute deiner Meinung nach die gesellschaftliche Aufarbeitung der

NSU-Verbrechen in Deutschland und speziell in Nürnberg? Was ist noch zu tun?

Bisher hatten wir in Bayern nur einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den NSU-Verbrechen. Dieser fand in den Jahren 2012/2013 statt und dauerte nur ein Jahr. Vieles wurde da nicht behandelt. Beispielsweise hat man sich nicht gebührend mit den V-Leuten innerhalb des »

NSU-Netzwerks beschäftigt. Und: Der Bombenanschlag am 23. Juni 1999 auf die Pilsbar „Sonnenschein“ in der Nürnberger Scheurlstraße, bei dem ein 18-Jähriger nicht nur leichte Verletzungen erlitten hat, war weder im NSU-Prozess noch im Untersuchungsausschuss Thema.

**Du bist auch Mitbegründerin des Nürnberger Bündnis Nazistopp. Gemeinsam mit anderen engagierten Organisationen (unter anderem auch mit unserem Arbeitskreis gegen Rechts) hat das Bündnis vergangenen September eine Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag von Enver Şimşek – dem ersten Mordopfer des NSU – organisiert. Wo steht die Erinnerungskultur heute aus deiner Sicht? Warum ist es weiterhin wichtig sich mit den Angehörigen der Hinterbliebenen zu solidarisieren und an die Opfer zu erinnern?**

Verglichen mit der Nicht-Aufarbeitung der drei rassistisch motivierten Morde des Neonazis Helmut Oxner am 24. Juni 1982, mitten in Nürnbergs Innenstadt, lief es nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde anders. Während in der Königstraße erst 38 Jahre nach der Bluttat eine unscheinbare Gedenkplatte angebracht wurde, haben wir an den vier NSU-Tatorten in Nürnberg zwischenzeitlich kleinere und größere Zeichen der Erinnerung. Es gibt aber auch hier noch viel zu verbessern. So haben fünfundzwanzig Organisationen jüngst einen umfangreichen Forderungskatalog aufgestellt und verlangen beispielsweise, dass bestimmte Straßen nach den Namen der Nürnberger NSU-Opfer benannt werden.

**Am 11. Juli 2018 wurde nach sechs Jahren und insgesamt 438 Verhandlungstagen das Urteil im NSU-Prozess gesprochen. Es war eines der größten Verfahren der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auf der Anklagebank saßen aber nur fünf Personen. Fünf Personen, die allein für die rechtsterroristische Mord-, Anschlags- und Raubserie des NSU verantwortlich gewesen sein sollen. Wie beurteilst du in diesem Zusammenhang die staatliche Aufklärungsarbeit?**

Man muss leider sagen, dass die staatliche Aufklärungsarbeit gescheitert ist. Man hat sich auf Biegen und Brechen an der Trio-Theorie festgebissen und diese bis zum Schluss verteidigt. Im schriftlichen Urteil des NSU-Verfahrens findet sich nichts zum Verfassungsschutz, nichts zu den V-Leuten und auch nichts zum Verfassungsschützer Andreas T., der sich zur Tatzeit im Kasseler Internetcafé aufhielt. Das Leid der Angehörigen der Ermordeten wird mit keiner Silbe erwähnt, was viele schmerzt. Die dogmatisch durchgesetzte Trio-Theorie hat die Aufklä-



rung des NSU-Netzwerks behindert. Angehörige der Ermordeten gehen davon aus, dass NSU-Helfer\*innen frei herumlaufen und nie mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Dies macht ihnen Angst.

**Das Attentat in München 2016, ein rechtsextremer Bundeswehroffizier gibt sich 2017 als Flüchtling aus, NSU 2.0 seit 2018, die Ermordung von Walter Lübcke 2019, das Attentat in Halle 2019, das Attentat in Hanau 2020, Rechtsextremisten vor kurzem auf den Stufen des Reichstags bei einer Anti-Corona-Demo. Sind wir in Deutschland wehrlos gegen rechten Terror? Verschließt unsere Gesellschaft die Augen vor der rechten Gefahr?**

Rechte Gewalt wird staatlicherseits seit Jahrzehnten verharmlost. Allerdings gibt es eine wache Zivilgesellschaft, die kontinuierlich Aufklärung fordert und Betroffene rassistisch motivierter Gewalttaten zu Wort kommen lässt. Die Institution Verfassungsschutz hat dagegen infolge der gescheiterten Aufklärung der NSU-Morde und durch ihr Agieren in der Neonaziszene einen enormen Image-Schaden erlitten. Trotzdem wird weiter krampfartig an der Extremismustheorie festgehalten: Rechte und linke politische Strömungen werden dadurch als gleichermaßen große Gefahr für die Gesellschaft präsentiert. Extrem rechte Gewalt und rechte Ideologien werden im Ergebnis massiv verharmlost. Auch bei der Beurteilung der aktuellen Corona-Proteste versagt diese Behörde, unterschätzt den rechten Einfluss gewaltig und erfindet linke Beteiligung. Wenn ich mir anschau, wie die Behörde aktuell auch bei den Corona-Protesten versucht, diese als Bewegung von Rechten UND Linken einzuordnen, dann muss ich

sagen: Wieder Themaverfehlung. Die Anti-Corona-Proteste sind rechts dominiert. Hier laufen rechte Esoteriker\*innen mit extrem Rechten und Reichsbürger\*innen Seit an Seit. Wer eine Fahne mit Friedenstauben-Symbol als linkes Symbol deutet, der hat nicht verstanden, dass diese Symbole bereits seit Jahren in der rechten Szene verwendet werden. Fakt ist, dass die Proteste gegen die rechten Corona-Rebellen derzeit vor allem von linken, antifaschistischen Strömungen ausgehen.

**Zum Schluss dein Appell an die Nürnberger Genossinnen und Genossen:**

In Nürnberg fanden in den Jahren 2015 bis 2019 siebenzig rechte Aufmärsche statt. Das Nürnberger Bündnis Nazistopp hat gemeinsam mit anderen antifaschistischen Initiativen gegen fast alle dieser Kundgebungen Gegenproteste organisiert. Ergebnis: Pegida ist bei uns so gut wie verschwunden; weitere extrem rechte Gruppierungen sind nur selten auf der Straße zu sehen. Das hat sich leider wieder geändert: Seit April dieses Jahres hat die Corona-Protestbewegung allein in Nürnberg etwa dreißig Kundgebungen durchgeführt. Aufgrund der Pandemie-Situation ist es schwierig, effektive Gegenkundgebungen durchzuführen. Journalist\*innen, die das Geschehen beobachten, werden zunehmend bedroht, auch bei uns in Nürnberg. Ein Aufschrei ist mehr als überfällig.

*Wer mehr über die Arbeit von Birgit erfahren möchte, findet Informationen auf der Homepage des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. ([www.isfbb.de](http://www.isfbb.de)) und auf der Homepage des Nürnberger Bündnis-Nazistopp e.V. ([www.nazistopp-nuernberg.de](http://www.nazistopp-nuernberg.de)).*

## EIN GROSSER SCHRITT FÜR DEN RADVERKEHR

**RADWEGEBAUPROGRAMM 2021 UND RADVORRANGROUTEN**

von NASSER AHMED, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion

Trotz schwieriger Finanzlage kürzt der Stadtrat nicht beim Radwegeausbau. Ganz im Gegenteil: wir legen sogar noch eine Schippe drauf! Während im Haushalt für 2020 noch etwas über 3 Mio. Euro für Radwegbau angesetzt waren, so sind es 2021 schon 5 Mio. Euro. Schrittweise wird der Etat für den Ausbau in den nächsten Jahren bis auf 10 Mio. Euro steigen. Das ist auch dringend notwendig, da es im Stadtgebiet viele kleine Lücken im Radwegenetz gibt, die geschlossen werden müssen. Gerade diese Lücken verhindern, dass es ein durchgängiges Netz gibt und machen Radfahren an vielen Stellen im dicht bebauten Nürnberg gefährlich.

Unser politisches Ziel bleibt es, mehr Menschen zu ermöglichen, auf das Rad umzusteigen und somit nicht nur etwas Gutes für ihre Gesundheit, sondern auch für die Umwelt zu tun. Der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr liegt derzeit bei etwas über 12%. Hier ist noch viel Luft nach oben! Gleichzeitig zielt unsere Radverkehrspolitik nicht nur auf eine Gruppe von gut vernetzten Radler\*innen, sondern hat Radfahrende in allen Lebenslagen im Blick: von Kindern bis zu Senior\*innen, von gemütlichen Fahrer\*innen bis zu Radpendler\*innen und Rennradler\*innen. Unsere politischen Initiativen haben alle im Blick!

**Das Radwege-Jahresbauprogramm 2021**

Zum derzeitigen Stand sind für das kommende Jahr 13 Baumaßnahmen geplant. Unter anderem Lückenschlüsse, wie ein neuer Radweg in der Ziegelsteinstraße zwischen Äußerer Bayreuther Straße und Heroldsberger Weg, in der Bahnhofstraße zwischen Marienstraße und Vogelsgarten sowie der Lückenschluss Hinterm Bahnhof zur Allersberger Straße samt Umbau der Kreuzung. Dazu kommen einige Verbreiterungen, Rotmarkierungen und auch zwei Fahrradstraßen in der Humboldt- und Gleißhammerstraße. An zentralen Orten, wie am Hauptbahnhof sowie in einigen Stadtteilen wird damit das Radfahren für viele Menschen deutlich sicherer und komfortabler.



**Auf Antrag der SPD-Fraktion: Radvorrangrouten kommen**

Die SPD hat 2019 in einem Antrag ein Konzept für Radvorrangrouten gefordert. Gemeint sind hiermit Verbindungen durch die Stadt, auf denen in den nächsten Jahren komfortable, sichere und vor allem durchgängige Radwege durch die ganze Stadt geschaffen werden. Radvorrangrouten führen über abmarkierte Radwege an Hauptstraßen, auf sogenannten Fahrradstraßen durch Wohngebiete und verbinden auch die Radschnellwege mit der Innenstadt, die aus anderen Städten und dem Umland nach Nürnberg gebaut werden.

Unser Grundgedanke: Wir erreichen mehr für die Radfahrerinnen und Radfahrer, wenn wir Investitionen auf durchgängige Radvorrangrouten konzentrieren. Ein zusammenhängendes Netz von Radvorrangrouten wird Autofahrerinnen und Autofahrer eher zum Umdenken und Umsteigen bewegen. Derzeit liegt der Fokus der Radwege-Bauprogramme noch auf den vielen einzelnen Lückenschlüssen in der Stadt. Die jährlichen Bauprogramme sollen sich perspektivisch an den ausgewiesenen Radvorrangrouten orientieren und damit noch effizienter konzentriert werden.

Am Runden Tisch Radverkehr – dem Beratungsgremium zwischen Verkehrs-/ Radverbänden, Stadtverwaltung und Politik – wurde in einem langen Diskussionsprozess ein Radvorrangroutennetz mit 17 Routen für Nürnberg entwickelt.

**Modernes Wegweisungskonzept und E-Routing**

In einem weiteren Antrag hat die SPD-Stadtratsfraktion ein modernes Wegweisungs-



konzept für Radvorrangrouten durch die Stadt gefordert. Wir fordern, dass man als Radfahrer\*in noch einfacher und auch intuitiver durch die Stadt kommen muss. Hierfür braucht es einerseits besser verständliche und sichtbare Schilder entlang der wichtigen Fahrradrouten durch die Stadt und andererseits auch eine verbesserte Integration des Fahrradstadtplans in die E-Routing-Apps.

Alles in allem ist in der Radverkehrspolitik im Stadtrat sehr viel in Bewegung. Wir investieren mit einem klaren Konzept in Radwegeausbau. Damit haben wir alle Menschen im Blick, die gerne Radfahren oder für ihre täglichen Wege gerne aufs Rad umsteigen würden. Das ist im Sinne der Lebensqualität und der Umwelt in unserer Stadt.

# EIN POTPOURRI VON HILFSANGEBOTEN

von KERSTIN GARDILL

Die vorausgegangenen Artikel zur 100-jährigen Geschichte der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt haben uns bereits das große Spektrum der Hilfs- und Unterstützungsleistungen aufgezeigt. Denken wir an die zahlreichen Beratungsangebote, an die Nothilfen, wie zum Beispiel im Falle der Hamburger Sturmflut oder bei anschwellenden Flüchtlingsströmen. Im Laufe der Jahrzehnte baute die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt ihr Angebot in einem Maße weiter aus, dass es nahezu unmöglich ist, diese vollständig aufzuzählen. Einige dieser Angebote möchte ich hier dennoch vorstellen.

## Beratungsstelle für türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

So kümmerte sich die Nürnberger AWO intensiv um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren und hier buchstäblich ins kalte Wasser geworfen wurden. Die Beratungsstelle für türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von der Nürnberger AWO ins Leben gerufen wurde, verdient in diesem Zusammenhang eine besondere Aufmerksamkeit, weil die Arbeiterwohlfahrt bundesweit die einzige Wohlfahrtsorganisation gewesen ist, die ein solches Beratungsprojekt angeboten hat. Schon 1963 hatte der Nürnberger AWO Kreisverband damit begonnen. Damals lebten circa 14.000 türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nürnberg und der Kreisverband hielt für sie pro Tag bis zu 20 Beratungen ab! Die Beratung drehte sich vor allem um das neue Arbeitsumfeld der Menschen, aber auch um die Situation der Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Eltern nach Deutschland gekommen waren. Wie schwierig die Situation gewesen ist, führen uns die Schilderungen aus diversen AWO-Jahresberichten vor Augen: „Die Menschen kommen meist nicht aus einer industriell geprägten Arbeitswelt. Sie finden bei uns ganz neue, ungewöhnliche Arbeitsbedingungen vor.“ Diese Umstände bargen für sie so manche Gefahr. Im Jahresbericht von 1979 wird uns die Situation wiederum eindringlich beschrieben: „Dabei wirkt es sich erschwerend aus, daß viele Menschen aus rein ländlichen Gebieten kommen. Sie sollen nun mit einem deutschen Arbeitnehmer mithalten, der schon seit seiner Jugend auf

seine künftige Arbeitssituation vorbereitet worden ist. Wie gefährlich es ist, einen Menschen unvorbereitet in einer ihm unbekanntem Arbeitswelt einzusetzen, zeigt die Zahl der Arbeitsunfälle.“

## Hilfestellung für die Familien

Sehr sorgenvoll betrachtete die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt auch die Lage der Kinder und Jugendlichen, die unter anderem aufgrund des damaligen Schulsystems kaum Möglichkeiten hatten, sich zu integrieren: „In Bayern gibt es nationale Volksschulklassen. Diese werden von Kindern besucht, die die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen. Und das ist meistens der Fall, weil diese Kinder von ihren Eltern aus der Türkei nachgeholt werden. Die Kinder, die in Deutschland geboren werden, sind besser dran, weil sie eine Art gemischte türkisch-deutsche Schulbildung erhalten. Aber das sind sehr wenige.“ Diejenigen Kinder, die die sogenannten nationalen Volksschulen besuchten, bekamen zwar Deutschunterricht, wurden ansonsten aber in türkischer Sprache unterrichtet. Das wiederum führte dazu, dass diese jungen Menschen zwar der Schulpflicht nachkommen konnten, aber an deren Ende meist nicht einmal einen qualifizierten Abschluss erreichten. Hauptgrund hierfür waren nach wie vor die fehlenden Sprachkenntnisse.

## Keine Chancengleichheit

„Mit anderen Worten:“, so die Schilderung im Jahresbericht, „Es hat keine oder nur verschwindend geringe Chance gegenüber den anderen, (...) Wir in der Beratungsstelle müssen auf jeden Fall versuchen, diese brisante Problematik anzugehen. Wir müssen den türkischen Jugendlichen das Bewußtsein für ihre Lage schärfen und versuchen, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie aus dieser Misere herauskommen können.“ Dass dieses hehre Ziel die Betreuerinnen und Betreuer der AWO auch immer wieder an ihre Grenzen brachte, zeigt uns die Geschichte eines jungen Mädchens, das zunächst bei ihren Großeltern in der Türkei bleiben konnte, später dann aber von ihren Eltern nach Deutschland geholt wurde: „Sie hat uns nach ihren Selbstmordversuchen ihre ganze Lebensgeschichte erzählt. (...) Sie kam also nach Deutschland. Sie sollte auf die Kleinen [ihre beiden jüngeren Geschwister/Anm. d. Verf.] auf-

passen, weil beide Elternteile arbeiteten. In Deutschland war sie als schulpflichtig angemeldet worden, doch die Eltern verfielen auf verschiedene Ausreden, damit sie weiterhin auf die jüngeren Geschwister aufpassen konnte. Sie bekam immer stärker das Gefühl, daß die Eltern die jüngeren Geschwister ihr vorzogen. (...) Wir haben mit den Eltern gesprochen und mit ihr selber. Sie wollte von den Eltern wegziehen und allein leben. Die Eltern waren strikt dagegen. Nach langem Zureden schließlich haben sie eingesehen, daß es so nicht weiterging. So durfte sie später alleine wohnen. Nun war es aber so: Sie wollte zwar alleine wohnen, andererseits hatte sie immer wieder Sehnsucht nach ihrer Familie. Sie hatte ja nie gelernt, selbständig zu sein. Wenn sie ein paar Tage allein war, ist sie wieder zu den Eltern gegangen. Wir haben dann nochmal mit der Familie gesprochen, und die haben uns versichert, daß sie sich mehr um sie kümmern wollten. – Mit der Schule freilich wurde es nichts. Inzwischen hatte sie eine Arbeit aufgenommen, als Hilfsarbeiterin. Jetzt scheint alles `gut` zu laufen. – Wir müssten eigentlich immer wieder hingehen, die Entwicklung verfolgen, aber das schaffen wir nicht. Wir haben so viele neue Fälle, um die wir uns unbedingt kümmern müssen.“

## Hausaufgabenhilfe in fünf Nürnberger Stadtteilen

1978 startete die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt mit der Hausaufgabenhilfe eine weitere Modellaktion. Hier wurden Schülerinnen und Schüler unterstützt, die

zu Hause nicht betreut werden konnten oder deren Eltern die notwendigen Sprachkenntnisse fehlten. Für Kinder aus Familien mit einem kleineren Geldbeutel war diese Hilfe gänzlich gebührenfrei. Gleiches galt für Kinder, die aus Familien stammten, deren Eltern kein Deutsch sprachen. Es entstanden nun innerhalb von kürzester Zeit fünf Hausaufgabenzentren, die zunächst in die Einrichtungen der AWO Nürnberg einzogen, dann aber in verschiedene Schulen wechselten. Ziel dieser Hilfe war es: „(...) der verschlechterten Atmosphäre an den bayerischen Schulen entgegenzuwirken und vor allem Schülern und Eltern helfen, die oft gleichermaßen von den heutzutage verlangten Hausaufgaben überfordert sind. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit. Gleichzeitig verschafft sie damit rund 200 arbeitslosen Lehrern in Bayern eine sinnvolle Betätigung.“ Das Interesse an der Hausaufgabenhilfe war von Anfang an sehr groß. Gleich in der ersten Woche gab es rund 200 Anmeldungen und „täglich werden es mehr“, heißt es im Jahresbericht. Drei Jahre nach Gründung der Hausaufgabenhilfe rief die Nürnberger AWO ein weiteres Projekt ins Leben, das sich stetig vergrößerte: den Ambulanten Sozialen Hilfsdienst“, kurz ASHD genannt.

## Hilfe auch im eigenen Zuhause

Seit jeher – schon zu Zeiten der Weimarer Republik – installierte die Nürnberger AWO ein Modell der Hauspflege, das auch mit dem Modell der Nachbarschaftshilfe ver-



Ambulante Hilfe



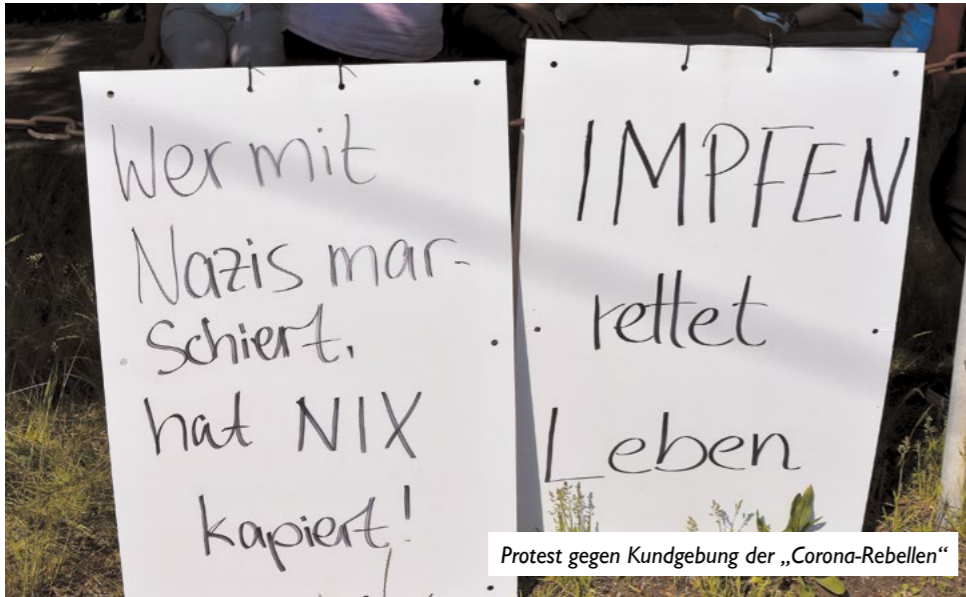
Quelle:AWO Nürnberg

Beratungsgespräch

knüpft war. So übernahm die AWO Nürnberg die Schulung von sogenannten Hauspflegerinnen, die unterstützend eingriffen, etwa wenn ein Familienmitglied verstarb oder sich ein älterer Mensch nicht mehr selbständig versorgen konnte. Auch die einzelnen Ortsvereine griffen ehrenamtlich ein, wenn jemand zuhause auf Hilfe angewiesen war. Mit Gründung des ASHD unter dem damaligen AWO-Vorsitzenden Hanns Schneider im Jahr 1981 übernahmen Zivildienstleistende die offene Betreuung für Kranke, Behinderte und ältere Menschen. Der ASHD konnte nach nur zwei Jahren 25.000 geleistete Arbeitsstunden nachweisen und 400 Menschen hatten die Hilfen des ASHD bereits in Anspruch genommen. In seiner Hochphase beschäftigte der ASHD bis zu 70 Zivildienstleistende und für

besonders anspruchsvolle Fälle noch zusätzlich zwei Pflegekräfte. Die SPD-Zeitung „Nürnberg morgen“ beschreibt uns die Tätigkeitsfelder des ASHD so: „Zivildienstleistende übernehmen bei Hilfesuchenden (...) die Tätigkeiten, zu denen diese nicht mehr, bzw. nicht mehr ohne fremde Hilfe, in der Lage sind. Sie gehen Einkaufen oder führen sonstige Erledigungen durch. Sie helfen im Haushalt bei der Wohnungsreinigung aber auch bei der Zubereitung von Mahlzeiten.“ Sie begleiteten ihre Patienten auch zum Arzt, oder sogar in den Urlaub.“ Schon 1983 war der ASHD „mit seinen 22 Zivildienstleistenden und zusätzlichen 10 Dienstleistenden in der `Individualen Vollzeitbetreuung Schwerstbehinderter` (...) zu einer der größten Einrichtungen im Bundesgebiet geworden.“

# „CORONA-REBELLEN“ – PEGIDA 2.0?



Protest gegen Kundgebung der „Corona-Rebellen“



von RÜDIGER LÖSTER, AK gegen Rechts

Wir haben die Bilder gesehen: 38.000 Menschen waren dem Aufruf zur Demonstration in Berlin gefolgt. Esoteriker, Impfgegner, Menschen, die Corona für einen Fake oder bestenfalls für harmlos halten, demonstrieren gemeinsam unübersehbar mit Neonazis, AfDlern und Reichsbürgern. Polizisten seien übergelaufen und US-Präsident Trump sei in Berlin, um Deutschland zu befreien - mit solchen Falschmeldungen ist die Stimmung in Berlin gezielt angeheizt worden - bis zum sogenannten „Sturm“ auf das Reichstagsgebäude. Schwarz-Weiß-Rote Fahnen wurden geschwenkt und davon schwadroniert, sie seien „das Volk“. Vor der amerikanischen und der russischen Botschaft forderten die Demonstranten Trump und Putin auf, Deutschland von der „Merkel-Diktatur“ zu befreien.

Auch aus Nürnberg waren Teilnehmer\*innen angereist, auch hier hat sich seit April eine entsprechende Szene entwickelt. Einen ersten Höhepunkt der Proteste gab es mit einer Kundgebung im Mai vor der Lorenzkirche mit etwa 2.000 Teilnehmer\*innen.

Seitdem haben sich die Proteste verändert. Die Anzahl der Teilnehmer\*innen ist etwas weniger geworden, aber die Szene hat sich deutlich



Fotos: R. Löster  
Parolen der „Corona-Rebellen“

radikalisiert. Es werden menschenverachtende, auch deutlich antisemitische Ideologien ausgelebt, antisemitische Symbole verwendet. Es wird behauptet, Corona sei von den Mächtigen der „Finanzwelt“ in Zusammenarbeit mit Bill Gates inszeniert worden, um uns alle mit einer Zwangsimpfung zu beglücken, bei der dann jedem Menschen angeblich ein Chip eingepflanzt werden soll. Dieser werde dann durch den neuen Mobilfunkstandard 5G aktiviert, um uns alle zu kontrollieren.

Man fordert eine angeblich nicht mehr existierende „Meinungsfreiheit“ zurück, gleichzeitig werden bei diesen Kundgebungen, auch hier in Nürnberg, Journalist\*innen angepöbelt, bedrängt und angegriffen.

Unwiderrspochen wird in den Reden behauptet, dass es 1933 demokratischer zuzug als heute!

Inzwischen bildeten sich feste Strukturen und Gruppierungen heraus wie „Widerstand100“ oder „Querdenken“. Teilweise haben jedes Wochenende bis zu drei Kundgebungen in Nürnberg stattgefunden. Zur extremen Rechten haben die Gruppen keinerlei Abgrenzungsbedürfnis. So trat auf einer der Veranstaltungen Stefan Bauer, extrem rechter YouTuber und Vorstandsmitglied der AfD

Rosenheim, auf. Ein Organisator der Kundgebungen rief mehrmals ausdrücklich dazu auf, dass „auch Rechte“ willkommen seien. Diese waren von Anfang an dabei: Reichsbürger\*innen, NPDler, AfDler, teilweise auch Menschen aus dem Umfeld der Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“. Und ein Vertreter von „Widerstand100“ phantasiert inzwischen in einem Video von „extremen Widerstand“ und der Gründung einer „Bürgerwehr“.

Auch die aus den USA stammende antisemitische Verschwörungsideologie von QAnon erhielt durch Kundgebungen der „Corona-Rebellen“ eine erhebliche Verbreitung. Immer mehr Demoteilnehmer\*innen zeigen durch Kleidungsstücke und Plakate ihre Zugehörigkeit zu QAnon. QAnon behauptet, weltweit würden „die Eliten“ Kinder in unterirdischen Gewölben gefangen halten, quälen und deren Blut als Verjüngungsmittel trinken.

Während zu Beginn der Demonstrationen, neben der Verbreitung von Antisemitismus und Verschwörungsideologien, noch die Kontaktbeschränkungen und deren Auswirkungen und die Pflicht, bei bestimmten Gelegenheiten Mund-Nasen-Schutz zur tragen, kritisiert wurden, geht es den Demonstrant\*innen nun nicht mehr um die Maßnahmen der Pandemie-Eindämmung. Zu Beginn demonstrierte man noch mit dem Grundgesetz in der Hand, behauptete, die Regierung wolle mit ihren Maßnahmen unsere grundgesetzlich verbrieften Rechte abschaffen und man verteidige dieses Grundgesetz. Inzwischen ist das Schneee von gestern: Wie in Berlin wurde auch bereits auf Kundgebungen in Nürnberg dazu aufgerufen, die Demonstrant\*innen sollten sich zu einer „Verfassungsgebenden Versammlung“ konstituieren. Man wolle eine neue Verfassung entwerfen, da das Grundgesetz „Besatzerrecht“ sei. Die „Parteiherrschaft“ müsse beendet werden. Dazu passt auch die Vorstellung, dass Deutschland nicht souverän sei, man einen Friedensvertrag mit den USA und Russland abschließen müsse. Forderungen, die absolut nichts mit einer vielleicht berechtigten Kritik an einzelnen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung zu tun haben, sondern sich eindeutig gegen unsere demokratische Ordnung richten. Da bilden sich gefährliche, extrem undemokratische Strukturen heraus, ähnlich wie wir es bei Pegida erlebt haben.

Was bedeutet das für uns? Wir müssen Neonazis, Verschwörungsideologen, Antidemokraten deutlich entgegenreten! Stellen wir uns gegen diese gefährliche Entwicklung und deren Repräsentanten!

# NACHHALTIGKEITSWOCHE IM BUNDESTAG

von GABRIELA HEINRICH, MdB

**Zum ersten Mal stand eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Das soll sich in Zukunft einmal im Jahr wiederholen: Im Plenum soll dann eine Woche lang alles um die Nachhaltigkeit gehen – um Umweltschutz, Verkehr, Arbeit oder Wirtschaft. Beschlossen hatten wir dies im Rahmen des von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Klimaschutzgesetzes. Doch was ist jetzt konkret geplant, um das Land nachhaltiger werden zu lassen und worum geht es?**

Nachhaltigkeit bedeutet letztlich: Wir haben auf unserem Planeten nur begrenzte Ressourcen und können nicht einfach wachsen, als würde es kein Morgen geben. Wenn unsere Welt eine gute Zukunft haben soll, müssen wir selbst dafür sorgen und nachhaltiger leben. Erneuerbare Energie zum Beispiel ist nachhaltig, denn den Wind und die Sonne gibt es immer. Wir nehmen der Erde damit nichts weg. Um Nachhaltigkeit geht es aber auch beim Konsum. Die Tomate aus dem Knoblauchsland ist nachhaltiger als die aus Chile eingeflogene Avocado.

## Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Thorsten Brehm, Vanessa Kurowski, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift: der springende punkt Karl-Bröger-Str. 9 90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Nachhaltigkeit betrifft viele weitere Bereiche, bei denen man das gar nicht so vermutet. Bildung ermöglicht zum Beispiel bessere berufliche Chancen und den nachhaltigen Weg aus Armut heraus. Gleichberechtigung in Entwicklungsländern verhindert Frühehen und Genitalverstümmelung. Und sie ermöglicht für Frauen die selbstbestimmte Familienplanung. Das ist vor dem Hintergrund der immer weiter wachsenden Weltbevölkerung für die Nachhaltigkeit sehr bedeutsam.

Dass wir mehr Nachhaltigkeit auf der Welt brauchen, hat die Weltgemeinschaft erkannt und gemeinsam die sogenannten Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beschlossen. 2016 sind sie in Kraft getreten und sollen spätestens 2030 erreicht werden. Die SDGs lassen sich nicht als ein paar unverbindliche „Wohlfühlfloskeln“ abtun. Sondern die Weltgemeinschaft verpflichtet sich konkret zu mehr Nachhaltigkeit.

Es gibt insgesamt 17 Globale Nachhaltigkeitsziele. Diese zielen unter anderem darauf ab, Hunger und Armut in der Welt zu vermindern. Es gibt viele weitere Ziele, wie die Bildung weltweit auszubauen, eine saubere und bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen, den Klimaschutz zu fördern und sich für den Frieden einzusetzen. Messen lässt sich der nationale oder weltweite Fortschritt an zum Teil sehr konkreten Unterzielen – insgesamt 169. Nur mal ein Beispiel: Bis zum Jahr 2030 soll die weltweite Müttersterblichkeit auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten sinken.

Alle Ziele, die Unterziele und wie weit wir damit sind, diese zu erreichen, findet sich hier: [www.sdg-indikatoren.de](http://www.sdg-indikatoren.de).

### Die SDGs gelten auch für Deutschland.

Auch in Deutschland müssen wir besser werden. Aktuell kämpfen wir für das Lieferkettengesetz. Damit wollen wir sicherstellen, dass Produkte in Deutschland zum Beispiel nicht mithilfe von Kinderarbeit hergestellt oder Indigene vertrieben oder Menschen in anderen Ländern ausgebeutet werden, damit wir günstig einkaufen können. Die Menschenrechte sollen entlang der ganzen globalen Lieferkette beachtet werden. Übrigens: Der Antrag der Großen Koalition zur Nachhaltigkeitswoche wäre fast noch daran gescheitert, dass wir – erfolgreich – daran bestanden haben, dass ein Bekenntnis zum Lieferkettengesetz mit drin steht. Teile von CDU und CSU wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, sicherzustellen, dass Kinderarbeit kein Wettbewerbsvorteil sein darf.



In dem Antrag der Großen Koalition haben wir auch beschlossen, dass wir ein Verfahren für eine Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetze erarbeiten. Und wir wollen regelmäßig kontrollieren, wie weit wir sind, die nationalen Ziele zu erreichen. Wir haben aber auch schon einiges erreicht. Auch, wenn das nicht jedem schnell genug geht: Deutschland steigt als einziges Industrieland der Welt zeitgleich aus der Kohle und der Kernkraft aus und wir haben das Ziel verankert, dass Deutschland im Jahr 2030 schon 65 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbarer Energie erreichen soll.

Im aktuellen Konjunkturpaket investieren wir kräftig in nachhaltige Mobilität mit unserer 7-Milliarden-Euro schweren Wasserstoffstrategie, dem Ausbau der Ladestellen, der Förderung der Elektromobilität und der weiteren Aufstockung der Mittel für die Bahn und für den ÖPNV. Das Klimaschutzgesetz haben wir gegen heftigsten Widerstand von CDU und CSU durchgesetzt, nachdem die Grünen damit in den Jamaika-Verhandlungen gescheitert waren. Das Erreichen der Klimaziele ist damit für die Zukunft gesetzlich festgeschrieben.

Erneuert haben wir in der Nachhaltigkeitswoche auch das Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Denn die Industrieländer haben sich verpflichtet, die Entwicklungsländer auf dem Weg zur Nachhaltigkeit – und gegen Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit – zu unterstützen. Nur so kann die Welt nachhaltiger und damit auch für viele weitere Generationen lebenswert bleiben.

## FÜR MEHR OASEN IN DER STADT

SPD IM STADTRAT MÖCHTE PARKLETS UND  
SOMMERSTRASSEN LANGFRISTIG VERWIRKLICHEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL  
und CHRISTINE KAYSER

Was wäre, wenn... Parkplätze keine Parkplätze wären, sondern eine Terrasse für mein Lieblingscafé, ein Treffpunkt für mich und meine Nachbarn oder eine kleine grüne Oase direkt vor der Haustür?

Mit dieser Idee hat die SPD-Altstadt im Februar 2020 vor dem Café Ludwigs einen Probelauf durchgeführt. Ein Erfolg - aktuell beschleunigt durch Corona.

„Parklets und Sommerstraßen“ – unter diesem Titel steht die alternative Nutzung von Parkplätzen und Straßen für Bepflanzung, Sitz- und Spielgelegenheiten für die Außen-gastronomie. Insbesondere in Stadtvierteln mit wenig Grünflächen bedeuten die temporären Sommerstraßen mehr Lebensqualität für die Anwohner\*innen. Das Konzept wird von immer mehr Städten aufgegriffen, so

auch in Nürnberg: Auf Initiative der SPD-Fraktion im Stadtrat erhielten viele Gastronomiebetriebe beispielsweise in der Inneren Laufer Gasse die Möglichkeit, Sitzplätze auf bisherigen Parkflächen einzurichten.

Ziel der SPD-Fraktion ist es zum einen, die Stadt durch neue Begegnungsflächen im Freien insbesondere in den Sommermonaten lebenswerter zu machen. Zum anderen kann die Stadt der Gastronomie und Hotellerie unter die Arme greifen, die von den Folgen der Corona-Krise schwer getroffen ist. Aufgrund der Abstandsregelungen zum Hygieneschutz kann oft nur ein Bruchteil der Sitzplätze im Innenbereich angeboten werden. Der Nürnberger Stadtrat beschloss deshalb auf Initiative der SPD, dass kostenlose Sondergenehmigungen für eine zusätz-



Stadträtin Christine Kayser mit Alexander Ludwig, Ludwigs (Innere Laufer Gasse) beim ersten Probesitzen im Februar 2020.

liche Außenbestuhlung beantragt werden können. Das Konzept wird von den Gastronominnen und Gastronomen begeistert angenommen: Bis August gingen über 200 Anträge auf zusätzliche Außenbestuhlung beim Liegenschaftsamt ein.

Die SPD-Fraktion sah das Konzept als Zukunftsmodell schon vor Corona. Besonders die private Nutzung der Parklets könnte jetzt noch mehr ausgestaltet werden. Und eine Sommerstraße auf Antrag der Anwohner\*innen wäre auch möglich. Gute Vorbilder finden sich im Wiener Modell. Der entsprechenden Antrag der Fraktion wurde bereits in den Ausschüssen behandelt und für gut befunden.

Weitere Informationen: Christine Kayser: [christine.kayser@spd-nuernberg.de](mailto:christine.kayser@spd-nuernberg.de)

## WIR MÜSSEN PAKETZUSTELLUNG IN UNSEREN STÄDTEN NEU DENKEN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Immer wieder sehe ich in Nürnberger Wohngebieten das gleiche Bild: Sprinter der Paketdienste parken in zweiter Reihe oder auf Gehwegen und es bilden sich Staus. Oft müssen die Paketzusteller nur wegen eines einzigen Pakets ein Haus anfahren und einen möglichst nahen Halteplatz suchen. Nicht zuletzt seit Beginn der Corona-Krise habe ich das Gefühl, dass immer mehr solcher Sprinter in den Wohngebieten unterwegs sind.

In Nürnberg haben wir eine wegweisende Innovation, die genau dieses Problem lösen möchte. An der Technischen Hochschule Georg Simon Ohm entwickelt ein Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Ralf Bogdanski Strategien für eine klimafreundliche Paketzustellung mit E-Lastenrädern. Laut Studien der Technischen Hochschule sind in Städten ab 100.000 Einwohnern mindestens 30 Prozent der Pakete mit dem Lastenrad lieferbar. Gemeinsam mit dem Umweltextperten der SPD-Landtagsfraktion Florian von Brunn und dem Sprecher des Arbeitskreises Umwelt der SPD Nürnberg

Michael Hauck habe ich mich bei einem Gespräch mit Prof. Bogdanski über die innovativen Konzepte der Technischen Hochschule zur nachhaltigen Stadtlogistik informiert.

Kernpunkt ist dabei das sogenannte Mikro-Depot-Konzept: Pakete werden per Lkw in Mikrodepots im Stadtzentrum geliefert und von dort mit E-Lastenrädern emissionsfrei an die Empfänger zugestellt. Für Nürnberg ist das eine tolle Lösung, denn wir haben viele Innenhöfe, in denen die Zusteller die E-Lastenräder parken können, um von dort die Anwohner\*innen zu beliefern. So erreichen wir eine klimafreundliche Zustellung auf der letzten Meile. Das bedeutet kein Lärm, keine Abgase und keine langwierige Parkplatzsuche für die Zusteller. Auch bei der Abfallentsorgung in Parks und Wohngebieten sehe ich in Nürnberg weitere Einsatzmöglichkeiten. Florian von Brunn und ich sind begeistert von dem innovativen Konzept der Technischen Hochschule. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an Michael Hauck, der dieses tolle Projekt empfohlen hat. Als Sprecher des AK Umwelt der SPD Nürnberg steht eine nachhal-



(v.l.): Florian von Brunn (MdL), Arif Tasdelen (MdL), Michael Hauck (Sprecher des AK Umwelt der SPD Nürnberg) und Prof. Dr. Ralf Bogdanski (Technische Hochschule Nürnberg).

tige Stadtlogistik für ihn ganz oben auf der Tagesordnung, da er hier noch erhebliches Potential gerade auch für die Nürnberger Verkehrspolitik sieht.

Das Forschungsprojekt der Technischen Hochschule Nürnberg hat absoluten Vorbildcharakter. Wir können damit in Deutschland und sogar weltweit zum führenden Ideengeber für die Zukunftstechnologie E-Lastenrad werden. Ich werde mich auf allen politischen Ebenen für eine zielgerechte Förderung für die Forschung zu E-Lastenrädern einsetzen, damit wir eine solide Finanzierung solcher wegweisenen Forschungsprojekte garantieren können.



## BEI DER POLIZEI STEHEN GROSSE INVESTITIONEN AN

Besuch der Polizeiinspektion Weißenburg.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Im Bayerischen Landtag diskutieren wir Abgeordneten häufig über fehlendes Personal bei der Polizei, mangelhafte Ausstattung und umstrittene Projekte wie die „Bayerische Grenzpolizei“ und die Reiterstaffel. In dieser Ausgabe des springenden Punkts möchte ich euch über einen Aspekt der Finanzierung der Polizei berichten, der in der Presse weniger Aufmerksamkeit erfährt als unbesetzte Stellen, veraltete Pistolen, kratzende Hosen und die Wiedereinführung der Kavallerie: Der immense Investitionsstau bei den Gebäuden der Polizei.

Eine moderne Polizei braucht Arbeitsplätze auf der Höhe der Zeit, moderne Trainingsmöglichkeiten und auch eine Kaffeeküche und Ruheräume für die Beamten. In manchen Dienststellen scheidet es aber schon am Nötigsten, an funktionierenden sanitären Anlagen, der Barrierefreiheit und Brandschutz. Mein Fraktions-Kollege Markus Rinderspacher hat in einer Anfrage an das Innenministerium erfragt, wo genau Investitionsbedarf besteht. Das Ministerium hat einen Investitionsbedarf in Höhe von 836 Millionen Euro angegeben, dazu kommen die Kosten für Baumaßnahmen, die am Anfang der Planung stehen und noch kein Preisschild haben. Demgegenüber stehen im Haushalt Mittel in Höhe von unter 100 Millionen pro Jahr. Es ist also nicht davon auszugehen, dass sich der Investitionsstau schnell auflöst – viele Projekte warten darauf, dass endlich genug Mittel für eine Realisierung bereitstehen. Die Beantwortung der Anfrage

und alle Zahlen sind im Detail unter der Drucksachennummern 18/6949 frei auf der Homepage des Bayerischen Landtags ([www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de)) zugänglich.

### Anstehende Baumaßnahmen in Nürnberg

Nürnberg steht bei den vom Innenministerium aufgelisteten Investitionen ganz oben. In Nürnberg haben wir neben den Polizeiinspektionen unter anderem auch einen großen Standort der Bereitschaftspolizei, an dem sich viel tut. Von den bereits bezifferten Kosten fallen so rund 140 Millionen allein bei uns in der Stadt an.

Das größte Projekt ist das **Areal an der Wallensteinstraße**. Die Wache Nürnberg-West ist noch relativ neu, in die anderen auf dem Gelände untergebrachten Dienststellen (zum Beispiel in die der Spezialeinheiten der Polizei) wird aber fleißig investiert. Die Sanierung der teilweise maroden Bausubstanz wird in den kommenden 10 bis 15 Jahren in Angriff genommen und wird rund 90 Millionen Euro kosten. Auch die Gebäude der Verkehrspolizeiinspektion müssen saniert werden, hier sind Kosten und Baubeginn aber noch unklar.

Die **Bereitschaftspolizei in der Kornburger Straße** muss ebenfalls in großen Teilen saniert werden. Das Stabsgebäude wird derzeit für rund zwei Millionen Euro saniert, das Hochhaus muss saniert werden und das Unterkunftsgebäude soll abgerissen und neu gebaut werden. Dazu kommen Neubauten (unter anderem ein Wirtschaftsgebäude), die allein schon mit 54 Millionen Euro bezif-



Das Polizeipräsidium am Jakobsplatz, Foto: wikimedia commons, Andreas Praefcke

fert werden. Wie an vielen anderen Standorten sind auch hier die Gesamtkosten der Maßnahmen noch unklar und der Baubeginn hängt davon ab, wann im Haushalt genug Geld zur Verfügung gestellt wird.

Auch bei der **Dienststelle am Jakobsplatz** in der Innenstadt, wo unter anderem die Inspektion Mitte untergebracht ist, stehen Baumaßnahmen an. Die Sanierung des Altbaus soll zeitnah in Angriff genommen werden, der Mittelbau soll eine neue Einsatzzentrale erhalten und der Erweiterungsbau muss renoviert werden. Kosten und Zeitplan sind auch hier noch unklar. Lediglich die Sanierung des Eingangsbereichs der Wache wird bereits mit 4 Millionen Euro beziffert.

In die Anlagen der **Diensthundestaffel** in der Regensburger Straße sollen 2 Millionen Euro fließen, die Räumlichkeiten **am Plärrer** müssen für 4 bis 5 Millionen Euro saniert werden und die **Reiterstaffel** soll für 3 Millionen Euro einen Neubau erhalten. Zu den Investitionen in die bestehenden Standorte kommen noch die Planungen für ein **neues Polizeiliches Einsatzzentrum**: Der dringend benötigte und von der Polizei geforderte Neubau wird ca. 70 Millionen Euro kosten und frühestens in fünf Jahren in Angriff genommen werden. Hier wäre dann vieles vorhanden, was die Polizei dringend braucht, insbesondere ausreichend und moderne Schießstände. Ich werde mich auch weiterhin im Innenausschuss des Landtags dafür einsetzen, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, damit nötige Investitionen nicht zu lange hinausgezögert werden.

# MORIA BRENNT – UNSERE EUROPÄISCHEN WERTE GLEICH MIT!

Von ANIL ALTUN, stv. Juso-Vorsitzender

ENTTÄUSCHUNG. ANGST. WUT. Um diese drei Gefühle und ihre Ausprägungen dreht sich die gesamte „Flüchtlingskrise“. Ihr denkt, ich bilde damit nur einen Blickwinkel ab?

Du lebst in deiner Heimatstadt, dort bist du glücklich, auch wenn nicht immer alles einfach ist. Du gehst zur Schule, du triffst dich mit deinen Freunden. Deiner Familie geht es gut, ihr kommt über die Runden und habt meist genug Essen auf den Tisch.

Im Laufe der Zeit nimmst du Veränderungen in deinem Land wahr, die Regierung nimmt dir Freiheiten weg und radikale Islamisten versuchen die Schwäche des Staates für sich zu nutzen und einige andere Gruppen tun es diesen gleich. Du bist ENTÄUSCHT davon, dass dein Land immer stärker in die Krise stürzt und der Staat dich nicht mehr schützen kann.

Und wieder vergeht ein bisschen Zeit und du findest dich an einem Marktplatz wieder. Plötzlich fallen viele Schüsse, du hörst einen lauten Knall. Du siehst Menschen, die schreien. Menschen, die bluten, Menschen, die sterben und Menschen, die rennen. Du rennst!

Du rennst weiter, du hast ANGST um dein Leben und deine Zukunft, um das Leben deiner Familie, um das Leben deiner Freunde. Mittlerweile nimmt deine Stadt mehr und mehr die Gestalt einer Ruine an, alle leben nun in permanenter ANGST und sind dem Terror ausgeliefert. Du bist verzweifelt und mit deiner Psyche am Ende. Der Rest deiner Familie sammelt ihr ganzes Geld zusammen, denn du sollst aus dieser Lage befreit werden, du sollst flüchten weg von Elend, Leid und ANGST. Du sollst leben können.

Dir wird ein Weg raus beschrieben und Begleitung zugesichert, dein Ziel ist Europa. Du hast schon einiges über Europa gehört, ein Bündnis aus weit entwickelten (Industrie-)Staaten mit florierender Wirtschaft, vielen freien Arbeitsplätzen und freien, toleranten Menschen. Du hoffst, dort ein neues Leben anfangen zu können,

dort Teil der Gesellschaft zu werden und deinen Beitrag zu leisten. Immer mit dem Wunsch, dass auch mal dein Land solche Zeiten erfahren wird. Du bist auf dem Weg. Tagelanger Marsch an die Grenze und du schaffst es in die Türkei. Du hast wieder Hoffnung.

Du hast Geschichten von der Mittelmeerüberfahrt auf die griechischen Inseln gehört, aber selbst als du im vollkommen überfüllten Schlauchboot sitzt, hättest du nie gedacht, dass du von der Küstenwache an der europäischen Außengrenze wieder aufs Meer getrieben wirst, viele Tage ohne Wasser und Essen sowie medizinische Versorgung. Du hättest nie gedacht, dass dein Leben zum Spielball geostrategischer und innenpolitischer Interessen der europäischen Nationen wird. Dir dämmert langsam: Die europäischen Werte könnten nur eine Illusion sein. Du bist nun nicht nur ENTÄUSCHT und hast ANGST sondern bist auch schon WÜTEND von all den Schikanen.

Irgendwie schaffst du es auf die griechische Insel Lesbos, ins Lager Moria - ein Glück! Aber du merkst sofort: Dieses vollkommen überfüllte Lager will nicht Europas Werte hochhalten, sondern dient nur der Abschreckung. Die Zustände sind verheerender als in deinem Herkunftsstaat. Du bist eingesperrt, wirst behandelt wie ein Tier, es gibt kein sauberes Wasser, kaum Essen und medizinische/ sanitäre Versorgung. Du bist WÜTEND, aber dein Körper leidet und hat keine Energie mehr für diese Emotion.

Du kannst nicht mehr zurück, du hast nichts mehr. Und dann brennt auch noch das Lager Moria ab. Noch mehr Leid und Elend musst du erleben und du verspürst nochmal mehr ENTÄUSCHUNG, ANGST UND WUT. Die Emotionen kochen hoch, du demonstrierst mit letzter Kraft gegen die Situation in den Lagern. Du weißt, die Demonstrationsfreiheit ist ein europäisches Grundrecht. Stattdessen bekommst du mit, wie die Polizei gegen deine Mitmenschen Gewalt anwendet und mit Tränengas auf Kinder schießt. Du bist gebrochen. Jetzt weißt du es: Du bist in Europa kein Mensch, du hast hier keine Rechte und keinen Schutz. An die (nicht existierenden)

europäischen Werte kannst du auch nicht mehr glauben.

Ich bin ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Mensch. Mir wurde in meiner Erziehung und in der Schule beigebracht, gerecht, tolerant und solidarisch gegenüber anderen Menschen zu sein. Als ein solcher Mensch bin ich ENTÄUSCHT von einer deutschen Gesellschaft, die immer stärker ihrer rechten Radikalisierung verfällt und immer seltener ihr freundliches und humanistisches Gesicht zeigt. Ich habe gleichzeitig ANGST, denn ich weiß nicht, wie wir dieses Verbrechen jemals wieder gutmachen können. Und ich bin WÜTEND, wenn ich die Bilder vom Leid der geflüchteten Menschen in Moria und an allen anderen Orten sehe und merke, dass unsere Gesellschaft ihren Anstand und ihr Herz verloren zu haben scheint.

Und dann sind da „besorgte Bürger\*(innen)“, die die WUT über ihren vielleicht verlorenen Arbeitsplatz oder über die Verödung ihrer Regionen an Geflüchteten auslassen. Die, die ihre ANGST vor Veränderung, vor Begegnungen mit neuen Nachbar\*innen oder Kolleg\*innen versuchen, mit Hass gegen Geflüchtete zu therapieren. Menschen, die die ENTÄUSCHUNG über ihre Gesamtsituation an Menschen auslassen, die dafür am wenigsten können, denen es weitaus schlechter geht. Und auch das löst bei mir wieder ein Gefühl von WUT aus. Und auch von ANGST, dass sich unsere Politik noch mehr von diesen Wutbürger\*innen lenken lässt. Und es löst ENTÄUSCHUNG aus, dass es so wenig Empathie gibt.

Drei vollkommen verschiedene europäische Geschichten. Alle drei haben aber zwei Gemeinsamkeiten. Keiner dieser drei Menschen sieht die europäischen Werte gelebt, alle drei Menschen teilen die Gefühle der ENTÄUSCHUNG, ANGST und WUT.

Der Auftrag ist nicht ENTÄUSCHUNG, ANGST UND WUT zum Leitmotiv Europas werden zu lassen, sondern Werte der FREIHEIT, SOLIDARITÄT und TOLERANZ als die europäischen Werte hochzuhalten. Lasst uns damit beginnen!

von MICHAEL ZIEGLER

Am 11. September 2020 fand zum sechsten Mal die Reihe „KULTURBrot“ statt. Zum ersten Mal mit Corona-Abstand und als Open-Air in Langwasser. Die SPD-Stadtratsfraktion machte damit auf die besondere Situation für die Kunst- und Kulturbranche in Corona-Zeiten aufmerksam: Kulturprogramm und Talk mit Akteuren unter Hygieneschutzauflagen.

Schon zuvor war ein Videoformat entstanden, welches unter dem Titel KULTURBrot immer wieder Nachrichten und Interviews mit Künstlerinnen und Künstlern auf unseren Social-Media-Plattformen ausstrahlte.

In Langwasser, einem Wohnblock der Wohnungsbaugesellschaft Ideal, verfolgten Besucher\*innen auf der Grünfläche und viele Bewohner\*innen von den Balkonen der angrenzenden Wohnungen die Veranstaltung. Wie bei einem Hinterhofkonzert. Auf dem Programm standen kulturpolitische Diskussionen sowie Musik und Kulturdarbietungen. Mit dabei waren unter anderem die Band „Shane`s Geh Doodle“, Felicitas Berstel und Nadine Leutsch vom Modelabel „Busenfreund“ mit Mund-Nasen-Schutz-Modenschau und die Gäste Jens-Daniel Herzog (Staatsintendant), Musikerin Lisa Milyukova (ArtiSchocken-Kollektiv), Gerd „Geraldino“ Grashauer (Liedermacher), Thomas Wurm (Nürnberg-Pop-Festival), Alexander Schräpler (Berufsverband professionell arbeitender Bildender Künstlerinnen und Künstler BBK), Amila Tatarevic (Verdi) und Willi Nemski (Verdi-Selbstständigenrat).

Der kulturpolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, Michael Ziegler, erklärte: „Die Verzweiflung der solosebstständigen Künstlerinnen und Künstler konnten wir bei diesem Kulturbrot erleben. Wir haben uns zum Zuhören und Austausch getroffen. Und die Lage ist für viele erschütternd. Da muss sich vieles ändern. Und gerade auf Landes- und Bundesebene sind die Förderprogramme für die großen Kulturbetriebe ausgelegt und die Kleinen werden zu oft vergessen.“

Ein wichtiges Zeichen ist deshalb die Haltung der SPD-Stadtratsfraktion für die anstehenden Haushaltsberatungen: Trotz der schwierigen Finanzsituation der Kommunen spricht sich die SPD-Stadtratsfraktion klar gegen Kürzungen bei Initiativen, Vereinen und freien Trägern aus.

„Die coronabedingten Mehrausgaben und Einnahmeausfälle haben viele getroffen, die nun ihre wenigen Rücklagen aufzehren mussten. Sie wollen wir deswegen nicht zusätzlich belasten, sondern vielmehr Pla-

## SPD-OPEN-AIR-VERANSTALTUNG IN LANGWASSER

KEINE FINANZIELLEN KÜRZUNGEN  
BEI DER KULTURSZENE



Michael Ziegler begrüßte die Gäste an der Strehlemer Straße in Langwasser. Viele neugierige Blicke gab es auch aus den Fenstern.

nungssicherheit seitens der Zuschüsse schaffen“, unterstrich Thorsten Brehm. „Die erfolgreichen, gewachsenen Strukturen, allen voran im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich, wollen wir durch diese Pandemie führen, sodass wir danach wieder gemeinsam durchstarten können. Sie sind für den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie das Miteinander in Nürnberg enorm wichtig. Und das verdient nicht nur unsere Wertschätzung, sondern

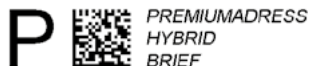
auch unsere finanzielle Unterstützung.“

„Es war ein intensiver Austausch mit Künstler\*innen und Kulturschaffenden. Die Krise der Kulturschaffenden ist noch lange nicht vorbei. Und die Forderung nach passgenauen Förderprogrammen wurde auch bei den Beiträgen deutlich. Für uns als SPD ist weiterhin klar, dass auch Kunst und Kultur in dieser besonderen Situation dringend unseren Beistand benötigen“, erklärt Ziegler.



Fotos: Kristina Jalowa

Einer der Höhepunkte war die erste Nürnberger Maskenmodenschau. Das Label Busenfreund aus Gostenhof freute sich sehr über die Einladung der SPD.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



**DIALOGPOST**  
Ein Service der Deutschen Post

## DIE ROTE GALERIE IM OKTOBER:

Finissage der „Netzwerke“ von Luise Gumann und  
„Utopie im Vakuum“ von Elisaweta Sliviniskaia und Olga Komarova

24.10.2020 – 15:00 Uhr

### ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / OKTOBER 2020

07.10.2020 – 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen**  
Restaurant Hammerschmiede  
Laufamholzstraße 300

09.10.2020 – 18:00 Uhr

**SPD Langwasser – Stadtteilversammlung**  
Karl-Bröger-Zentrum  
Willy Pröhl Saal  
Thema: Wahl der  
Bundeswahlkreisdelegierten

12.10.2020 – 20:30 Uhr

**SPD Gibitzenhof Steinbühl:  
Mitgliederversammlung**  
Karl-Bröger-Zentrum  
Willy Pröhl Saal  
Thema: Wahl der  
Bundeswahlkreisdelegierten

13.10.2020 – 19:30 Uhr

**SPD Fischbach:  
Mitgliederversammlung**  
Ski-Zimmer TSV Altenfurt  
Wohlauer Str. 16

13.10.2020 – 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:  
Ortsvereinstreffen**  
SIGENA-Plauenerstr. 7  
90491 Nürnberg

14.10.2020 – 18:00 Uhr

**SPD Mögeldorf:  
Mitgliederversammlung**  
Loni-Übler Haus  
Marthastraße 60  
Thema: Wahl der Bundeswahlkreisde-  
legierten; Gast: Gabriela Heinrich, MdB

21.10.2020 – 19:00 Uhr

**SPD Südwest – politischer Stammtisch**  
Sportgaststätte der SG Nürnberg-Fürth  
Regelsbacher Str. 56  
90431 Nürnberg

26.10.2020 – 19:00 Uhr

**SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung**  
Karl-Bröger-Zentrum  
Willy Pröhl Saal  
Thema: „Älter werden in der Südstadt“  
mit Dieter Rosner, Leiter des städt.  
Seniorenamts Nürnberg

28.10.2020 – 19:00 Uhr

**SPD Gartenstadt - Mitgliederversammlung**  
Gesellschaftshaus Gartenstadt  
Buchenschlag 1  
90469 Nürnberg



Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich außerdem  
auf der Website der SPD Nürnberg unter [www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de).

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

SPD

# RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: [www.spd-stadtratsfraktion.nürnberg.de](http://www.spd-stadtratsfraktion.nürnberg.de) oder facebook: SPD Nürnberg

## Vorwort

Liebe Leserinnen  
und Leser der SPD-  
Rathaus-Depesche,



ich hoffe, Sie hatten trotz der Einschränkungen durch Corona ein paar erholsame, ruhige, auch sonnige Tage und gehen mit uns gestärkt in den Herbst mit den kommenden Aufgaben und neuen Anforderungen.

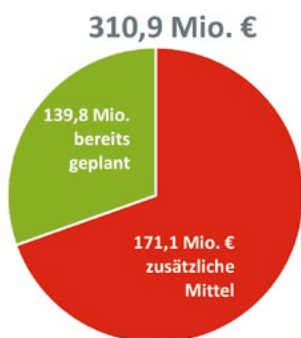
Corona hat uns immer noch im Griff, wir merken es alle täglich – dennoch beschäftigen uns eine Reihe weitere kommunalpolitische Aufgaben, wie Sie dem Inhalt der Depesche entnehmen können: Das Zukunftsthema Klima, die Vorbereitungen für den Start der Technischen Universität (TUN), die zeitgemäße Durchführung von Bürgerversammlungen, die Unterstützung von Hotellerie und Gastronomie in den anstehenden Winter-Monaten und vieles mehr.

Im November werden dann die Haushaltsberatungen im Mittelpunkt stehen, gerade dieses Jahr eine besondere Herausforderung. Die öffentliche Finanzlage spitzt sich weiter zu und bringt gerade Städte wie Nürnberg in Bedrängnis. Wir wollen und müssen weiter in die Infrastruktur investieren, müssen jedoch aber wohl sehen, wo wir eventuell einzelne Maßnahmen verschieben müssen, um den Haushalt nicht zu arg zu strapazieren. Für uns als SPD-Fraktion heißt dies aber auch, dass wir uns dafür einsetzen werden, Kürzungen bei Initiativen, Vereinen und freien Trägern zu vermeiden – wir brauchen sie alle für ein vielfältiges Nürnberg.

Ihre

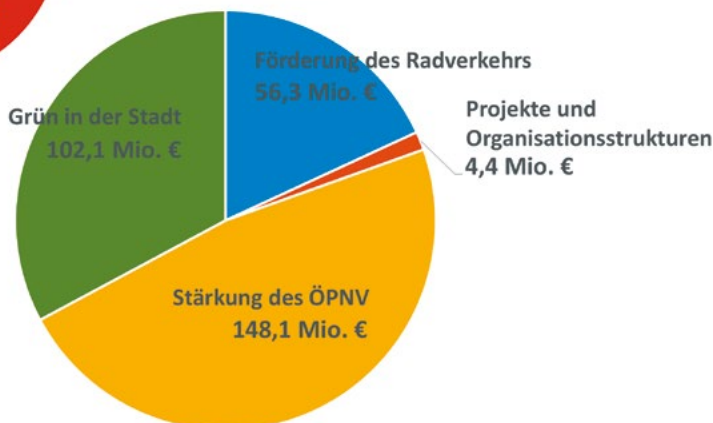
Dr. Anja Pröb-Kammerer  
stv. Fraktionsvorsitzende

## 311 Millionen für das Klima: Klimaschutz-Fonds für Nürnberg kommt



### Gesamtvolumen Klimaschutz-Fonds 2021-2026

#### Einzelbereiche:



Der Klimaschutz stellt die gesamte Stadtgesellschaft und auch uns als Kommune vor große Herausforderungen. Als SPD war und ist es uns sehr wichtig, dass sich die Stadt Nürnberg diesem entscheidenden Zukunftsthema konkret stellt. Aus diesem Grund haben wir uns auf weitgreifende Maßnahmen verständigt: Der erste Klimaschutzfonds für Nürnberg kommt. Damit lösen wir ein zentrales Wahlversprechen ein. Die beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und CSU stellten den zugehörigen Projektentwurf am 16. September in einer gemeinsamen Pressekonferenz vor.

Gemeinsam mit den schon vorher geplanten Maßnahmen, erreichen wir mit dem Fonds

eine schlagkräftige Einrichtung für den Schutz unseres Klimas in Nürnberg. Insgesamt stellen wir knapp 311 Mio. Euro bis zum Ende der laufenden Stadtratsperiode zur Verfügung. Damit schaffen wir ein dauerhaftes Instrument für den Stadtrat, das die verschiedenen Maßnahmen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit bündelt, sich aber auch weiterentwickeln kann und soll.

Die Mittel des Fonds sind Teil des städtischen Haushaltsentwurfs und stehen in vier übergeordneten Bereichen zur Verfügung. So stellen wir von 2021 – 2026 Gelder für mehr Grünflächen und Bäume in der Stadt (102,1 Mio. €), für die Förderung des Radverkehrs (56,3 Mio. €), >>



Die Fraktionsvorsitzenden Thorsten Brehm, SPD (rechts) und Andreas Krieglstein, CSU (links)

die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (148,1 Mio. €) sowie notwendige Projekt- und Organisationsstrukturen (4,4 Mio. €) zur Verfügung.

In dem Fondsvolumen sind beispielsweise die

Aufwände der Stadt für nachhaltiges Bauen und Energieeffizienz noch nicht einmal eingerechnet. Das macht die Summe von knapp 311 Mio. € aber umso wichtiger. Als SPD wollen wir mit diesen Vorhaben dem Klimaschutz in Nürnberg Vorrang einräumen, um dieser zentralen, gesell-

schaftlichen Herausforderung für Jung und Alt konkret zu begegnen.

**Weitere Informationen:**  
Thorsten Brehm;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Unterstützung für Hotellerie und Gastronomie

Die Corona-Pandemie trifft die Betriebe der Hotellerie und Gastronomie weiterhin hart. In den Sommermonaten konnten durch großzügige Ausdehnungen der Außengastronomie und erfolgreichen Neuansätzen, wie die temporäre Nutzung von Parkplatzebenen für Gastronomiebetriebe, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der geltenden Abstandsregeln wenigstens teilweise kompensiert werden. Auch der Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren für das Jahr 2020 hat den Betrieben geholfen.

Die Betriebe stehen jedoch weiterhin vor einer schwierigen Situation. Manche Betriebsformen sind weiterhin geschlossen, weil sie auf das Zusammensein auf engem Raum

ausgerichtet sind oder sie nicht die Möglichkeit zur Bedienung an festen Tischen haben. Dies betrifft insbesondere Bars, Clubs und Diskotheken. Für diese Betriebe ist die Außengastronomie die einzige Betätigungsmöglichkeit.

Auch die Speiselokale stehen vor einer ungewissen Zukunft. Zwar haben viele Gäste die Außenbewirtung in den Sommermonaten gerne genutzt. Die Hygienekonzepte der Betriebe sind mittlerweile eingeübt. Doch es ist offen, ob die Gäste in den Wintermonaten in gleicher Weise die Innengastronomie nutzen werden oder nicht. Selbst wenn die Nachfrage hoch bleibt, ist für viele Gastronomen die Reduzierung der Kapazitäten im Innenbereich ein Problem.

Deshalb sollte Außengastronomie auch in den Wintermonaten zugelassen werden. Hierfür wollen wir die Klärung der notwendigen Rahmenbedingungen, einschließlich einer etwaigen temporären Wiederzulassung von Heizpilzen oder anderen Beheizungsmöglichkeiten im Freien und einschließlich weniger grundlegender Gestaltungsvorgaben (z.B. Vermeidung von Zeltbauten). Daneben sollte die Unterstützung der Betriebe durch den Verzicht auf Sondernutzungsgebühren auf den Winter sowie vorerst das 1. Halbjahr 2021 ausgedehnt werden.

**Weitere Informationen:**  
Dr. Ulrich Blaschke;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Bürgerversammlungen digital und vor Ort

2020 mussten aufgrund der Corona-Pandemie einige Bürgerversammlungen, wie so viele andere Veranstaltungen im Stadtgebiet, abgesagt bzw. verschoben werden. Dies zeigt wie sehr Veranstaltungsformate von Gewohnheiten der Körperlichkeit und des direkten Gesprächs leben. Zeitgleich lernten wir als Einzelpersonen und Gesellschaft auch die Chancen und Möglichkeiten der digitalen Kommunikation (viel besser) kennen. Diese Praxis hält sich auch jetzt noch immer. Aktuell finden deshalb zunehmend Konferenzen und Tagungen in hybrider Form, d.h. analog und digital zugleich, statt.

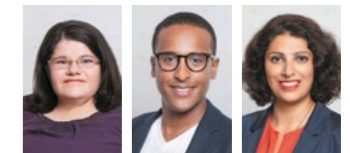
Wir wollen, dass auch städtische Formate, wie Bürgerversammlungen, von unserer Digitalisierungserfahrung profitieren und als hybride Veranstaltungen angeboten werden. Eine solche Form böte nicht nur aktuell viele Vorteile. Auch im Alltag gibt es viele Gründe, warum man nicht physisch an einer Bürgerversammlung teilnehmen kann: Probleme mit der Kinderbetreuung, die Abneigung von Abendveranstaltungen oder mangelnde Mobilität. Die Inhalte der Versammlungen könnten somit auch Bürger\*innen erreichen, die bisher ihren Weg nicht in die Veranstaltungsorte fanden. Zudem wäre ein solches Konzept auch leichter in ein komplett digitales Angebot überführbar, falls dies wieder notwendig werden sollte.



Foto: Renate Köppel auf Pixabay.

Wir wollen deshalb, dass Bürgerversammlungen als Live-Stream angeboten werden und der technische Zugang auf einer Homepage erklärt wird. Bürger\*innen können dann dem Live-Stream folgen und währenddessen Fragen in einen nicht öffentlich einsehbaren Chat eingeben. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Referenten antworten dann auf die gestellten Fragen live. Fragen, die nicht direkt beantwortet werden können, werden im Nachgang schriftlich beantwortet.

Wichtig ist zudem eine konsequente Evaluation der neuen Praxis, um ggf. nachsteuern und falls nötig anpassen zu können.



**Weitere Informationen:**  
Yasemin Yilmaz; Nasser Ahmed;  
Diana Liberova; spd@stadt.nuernberg.de

## Impressum

**Herausgeber:**  
SPD Unterbezirk Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

**Verantwortlich:**  
Thorsten Brehm

**Redaktion:**  
Michael Arnold, Thorsten Brehm

**E-Mail:** spd@stadt.nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 2312906

**Fax:** 0911 - 2313895



## Start der Technischen Universität bis 2021 sinnvoll planen

Schon im nächsten Jahr soll die neue Technische Universität (TUN) den Forschungs- und Lehrbetrieb aufnehmen, zum Wintersemester 2023/24 sogar das erste Master-Programm anbieten. Wir freuen uns, dass der Freistaat nun den Turbo einlegt und die Universität formell zum Jahreswechsel errichtet werden soll. Die Region Nürnberg braucht dringend Entwicklungsimpulse aus der neuen Hochschule, um im wirtschaftlichen Standortwettbewerb weiter bestehen zu können. Wir stecken in vielen Branchen in einem schwierigen Transformationsprozess, der durch die Corona-Pandemie an Geschwindigkeit gewinnt und sehr hart werden könnte – beispielsweise in der Automobilzuliefer-Industrie. Hier stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Die SPD-Fraktion drängt bei der bayerischen Staatsregierung darauf, sich auch frühzeitig Gedanken über den notwendigen Wohnraum zu machen. 5.000 bis 6.000 neue Stu-

dierende an der TUN brauchen ein Dach über den Kopf. Der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt in der Region verkräftet das nur, wenn viele neue und vor allem halbwegs preisgünstige Studierendenwohnungen entstehen. Hier muss der Freistaat mit dem Studentenwerk baldmöglichst als Bauherr tätig werden.

Für uns als SPD ist zudem wichtig, dass in Anbetracht der Milliarden-Investition für den Campus an der Brunecker Straße die anderen Hochschuleinrichtungen nicht auf der Strecke bleiben. Die Hängepartie bei der Suche nach einem neuen Standort der Lehrerbildung steht beispielhaft dafür. Auch hier muss die Staatsregierung endlich richtig in die Gänge kommen und einen Ersatz für den derzeitigen, mittlerweile maroden Standort finden.

**Weitere Informationen:**  
Thorsten Brehm;  
spd@stadt.nuernberg.de



# Corona-Auswirkungen auf Berufsalltag der städtischen Angestellten – Besondere Betroffenheit von Frauen

Die Corona-Krise hat große Auswirkungen auf den Berufsalltag der Menschen. Die Rathaus-SPD nimmt nun die aktuelle Situation der städtischen Belegschaft in den Blick. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Situation von Frauen in der Stadtverwaltung gelegt.

Auch bei der Stadt Nürnberg gab und gibt es Arbeitszeitreduzierungen und Freistellungen, die finanzielle Einbußen zur Folge haben. Als SPD wollen wir deshalb Möglichkeiten herausarbeiten, um die Betroffenen entsprechend zu entlasten. Dabei haben wir auch besonders die weiblichen Angestellten im Blick, denn die Auswirkungen der Corona-Krise be-

kommen gerade Frauen besonders stark zu spüren. Sie arbeiten am häufigsten in systemrelevanten Berufen und in Teilzeit mit der entsprechend geringen Entlohnung. Zudem reduzieren Frauen stärker als Männer ihre bisherige Arbeitszeit und wählen häufiger das Homeoffice, um Familie, Homeschooling und Beruf zu vereinbaren. Die Kombination aus Homeoffice, Sorge- und Bildungsarbeit ist dabei sehr belastend und zumeist schwer leistbar.

Viele städtische Angestellte wünschen sich zudem auch langfristig mehr mobiles Arbeiten und Möglichkeiten zum Homeoffice.

Nürnberg hat bereits vor 6 Jahren ein beispielgebendes Konzept zur Telearbeit entwickelt und eine gewisse Vorreiterrolle im öffentlichen Dienst übernommen – dies gilt es nun zu aktualisieren und weiterzuentwickeln. Wichtig ist, dass dabei Fragen des Arbeitsschutzes, die Teilhabe am kollegialen Arbeiten und die Ausstattung des häuslichen Arbeitsplatzes berücksichtigt werden.

**Weitere Informationen:**  
**Gabriele Penzkofer-Röhl;**  
**Diana Liberova;**  
[spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)



## SPLITTER

### AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTILEN

#### Aus dem Stadtrat und den Stadtteilen

#### **SPD-INITIATIVE ERFOLGREICH: VEREINS- UND EHRENAMTSAKADEMIE NIMMT FAHRT AUF**

Ehrenamtliches Engagement ist ein echter sozialer Schatz, von dem alle auch in dieser schwierigen Corona-Zeit nachhaltig profitieren. Ehrenamt erfordert aber immer mehr an Kompetenzen, Wissen, aber auch fachliche Expertise. Deshalb will die SPD engagierte Betroffene mit einer Vereins- und Ehrenamtsakademie fördern und unterstützen. Hierfür hatte sie bereits 2019 eine entsprechende Initiative gestartet – diese war nun erfolgreich. Mit dem vom Sozialreferat Anfang September vorgestellten Eckpunkten für eine entsprechende Akademie, ist nun der konzeptionelle Grundstein gelegt, auf dem sich weiter aufbauen lässt.

#### **NEUE FLÄCHEN FÜR PHOTOVOLTAIKANLAGEN IN NÜRNBERG**

Wirksamer Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn die Energiewende weiter konsequent vorangetrieben wird. Die SPD möchte deshalb, dass auch der Bau von Photovoltaikanlagen in Nürnberg wieder mehr Fahrt aufnimmt. Dafür sollen nun auch die Flächen der städtischen Tochterunternehmen genutzt werden. Nachdem die Stadtverwaltung bereits viele direkte städtische Bauten, die PV-fähig sind, belegt hat, sollen nun auch Flughafen, Messe, Hafen, N-Ergie uvm. geprüft werden. Dort können (lokale) Initiativen, Vereine und Interessenten aus der Photovoltaikbranche aktiv werden, wovon die Menschen in der Region nachhaltig profitieren.

#### **DROGENHILFEZENTRUM FÜR NÜRNBERG**

In Nürnberg waren auch 2019 wieder mehr Drogentote zu beklagen als in anderen vergleichbaren deutschen Städten. Die SPD fordert deshalb, dass die Stadt mit den Akteuren der Drogenhilfe, ein städtisches Drogenhilfegesamtkonzept erarbeitet. Zudem soll ein neues Drogenhilfzentrum inklusive sicherem Konsumraum die Drogenhilfe noch besser unterstützen, vorhandene Kompetenzen bündeln und weiterentwickeln. Modellversuche in anderen Städten zeigen, dass mit solchen Konzepten die erhofften positiven Wirkungen erzielt werden: Neben dem Verhindern von Todesfällen verlagert sich der Drogenkonsum weg von Grünanlagen, Spielplätzen und Fußgängerpassagen.

#### **ZIEGELLACH SOLL NATURSCHUTZGEBIET WERDEN**

In einem Antrag fordert die SPD die Ziegellach zum Naturschutzgebiet zu machen. In diesem Kleinod leben seltene heimische Tier- und Pflanzenarten wie Spechte und Fledermäuse. Das derzeitige Landschaftsschutzgebiet beheimatet zudem viele alte Eichenbäume, die den Charakter dieses stadtnahen, etwa 50 Hektar großen Waldes ausmachen. Einige davon sind bis zu 200 Jahre alt. Sonst findet man diese kaum noch oder nur vereinzelt im mit Kiefern geprägten Reichswald. Schon bei der früheren Debatte um eine Ostanbindung des Flughafens zeigte sich bei den Untersuchungen, wie ökologisch wertvoll dieses Feuchtbiosphäre ist. Deshalb sollte es dauerhaft und besser geschützt werden.

#### **NEUER PFLLEGESTANDORT IM NÜRNBERGER WESTEN**

Wegen der aktuellen Bedarfszahlen und der demografischen Entwicklung steigt der Bedarf an Altenpflegeeinrichtungen in der Stadt. Wohnen im Alter soll dabei größtenteils im bereits gewohnten Umfeld und Stadtteil stattfinden. Aus diesem Grund ist ein stadtweit gleichmäßig verteiltes Netz von Altenpflegestandorten unerlässlich. Entsprechend auffällig ist, dass im Nürnberger (Süd-)Westen bisher leider noch zu wenige Angebote für die älter werdende Bevölkerung verortet werden können. Die SPD fordert deshalb ein Konzept zur Realisierung eines Altenpflegestandortes unter Federführung des NürnbergStift (NüSt), im Bereich der U-Bahn-Haltestelle Gebersdorf und Tiefes Feld.

#### **KITAS IN NÜRNBERG - HILFE AUCH FÜR KLEINERE GRUPPEN UND NEUE KONZEPTE**

Wegen des hohen Bedarfs an Kita-Plätzen, läuft der Ausbau von Kitas in Nürnberg weiter auf Hochtouren. Die SPD möchte, dass ergänzend auch das Segment kleinerer Kita-Gruppen durch verwaltungstechnische Erleichterungen besser unterstützt wird. Zudem soll in Nürnberg das Konzept sog. „Kita-Streuergruppen“ erprobt werden. Dabei ist immer eine kleine Gruppe von Kita-Kindern betreut an der frischen Luft unterwegs. Die Kleinen können dabei ihre Umwelt und das Stadtumfeld erleben lernen. Hierfür gibt es eine neue oder eine zusätzliche Betriebserlaubnis, die nicht im bisherigen Raumkonzept einer Kita vorgesehen ist.